

Erscheint mit Genehmigung der britischen Behörden.

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Fernpreise: In Großstädten 10 Pf., in Kleinstädten 8 Pf., in Landorten 6 Pf. Abonnement: 1.50 Mk. Durch die Post bezogen werden. Mittags vor Erscheinen ab Blätterzettel 20 Pf. Mindestens 10 Blättergruppen 10 Pf.

No. 26.

Cöln, den 28. Dezember 1918.

VI. Jahrgang.

Um Jahreswende wünscht allen Mitgliedern viel Glück und Segen im neuen Jahre und einen baldigen Frieden.

Die Verbandsleitung.

Und aber Schluss.

Am 19. Januar sollen nun endlich die Wahlen zur neuen Nationalversammlung stattfinden. Die erste Aufgabe wird die Schaffung einer neuen Verfassung und Regierung sein. So wie es in letzter Zeit gegangen ist, kann es nicht weitergehen, wenn nicht die deutsche Wehrkraft total zusammenbrechen soll. Tag für Tag nimmt die Zahl der Arbeitslosen gewaltig an. Industrie, Handel und Verkehr strotzen in bedeutschstem Maße. Unternehmungslust ist bei den jetzigen unsicheren Käuflichkeitsschlüssen nirgends mehr anzutreffen. Gibt dieses noch Monate so weiter, kommen wir zum Zusammenbruch. Kreditschäigkeit des Reiches, des Staates und der Banken, wie auch der Privatunternehmungen sinkt dann Null. Gehöft und Löhne können nicht mehr ausbezahlt werden. Rot, Grün und Blauherren werden die politische Folge sein. Daneben droht die Verlangung, dass sie gegen die Belebung des ganzen deutschen Geistes durch die Entente "Keine verhandlungsfähige Regierung - kein Friede und kein Wohl" röhrt uns aus den inneren und offiziellen Verlautbarungen der Gegner wieder entgegen. Die neuen Gewalten, die die alten abgehoben haben, nicht die militärischen Kräfte aufzubringen vermag, um die Ordnung entrecht zu erhalten. Sie der Mehrheit angehörigen Sozialisten der Regierung zeigen es auch zu den guten Willen, sich gegen den Einfluss der rechtsgruppe zur Wehr zu leken, finden aber nicht den Mut, ein energisches Eingreifen. Die Männer von oben sind vorsichtig, wie Hoare, Baring, könnten ja voraussichtlich die Zwangsläufe unterdrücken, die sie sich zur Sicherheit haben, von den russischen Polizeibeamten bestimmt von circa 700.000 Mann zur Auflösung davon. Sie gegen die eigenen Verbündeten gebraucht werden zu verzweifeln. Der alte Wehrkreis Hoffmann als Präsident steht immer als Aufpassender und Verteidiger des letzten Platzes des Volkes dar. Viele

beglücken. Die Tochter der Arbeiter- und Soldatenräte, mit ihren Radikalitäten, wo immer eine kleine Gruppe unter Verhöhnung der Freiheit und Demokratie versuchte, der Mehrheit ihre Ansichten aufzwingen, hat ein widerliches Bild, wie es sich abstoßender nicht denken lässt.

Im Wirtschaftsleben geht es drunter und darüber. Wo die Industrie noch, trotz der unsicheren Verhältnisse Brot und Arbeit zu geben vermochte, mehren sich die Entlassungen wegen Rohstoffmangel. Eine verhältnismäßig kleine Gruppe der Unbedienten stellt trotz der seitens sämtlicher Gemeinschaften mit den Bediensteten getroffenen Vereinbarungen immer neue Fortschritte, stellt die notwendige Arbeit ein und versucht durch Sabotage die militärischfaulen Kameraden von der Arbeit fernzuhalten. Die Gewerkschaftsführer aller Königtum werden von diesen Gewaltmeinden bestellt geschoben. Genau wie im Bergbau geht es in vielen großen Fabriken. Aus dem Händel heraus werden Kreis beschlossen. Die für die Vollwirtschaft so wichtige Produktion der Rohstoffe, ohne die die übrigen Fabriken und Betriebe nicht arbeiten können, wird unheilvoll eingeschränkt. Außer dem drohenden Zusammenbruch steht aber für die Arbeiterschaft noch mehr auf dem Spiel. Mindestens noch jahrelangen schweren Kämpfen sind die Arbeiterorganisationen nun mehr als die berufenen Vertreter der Arbeiter und Angestellten durchweg ausgesetzt. Die gegründete Arbeitsgemeinschaft zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gewähren den letzteren einen Einfluss auf die Gestaltung der Lohn- und Dienstverhältnisse, wie es bisher in keinem anderen Ende der Welt der Fall war. Weitgehende Rechte sind ihnen damit gegeben, aber auch eine große Verantwortung auf ihre Schultern gelegt. Die getroffenen Vereinbarungen, Achtstundentag unter Ausgleich der Löhne, Festlegung der Lohn- und Dienstverhältnisse auch in der Zukunft durch tarifliche Vereinbarungen nun werden aber nicht durchgeführt werden können, wenn eine kleine Gruppe immer wieder versucht, mit vollköpfenden Bürokraten und plötzlichen Putzchen das Mäderwerk der deutschen Volkswirtschaft ruckartig zum Stillstand zu bringen. Und dieses zu einer Zeit, wo große Teile des Hauptwirtschaftsgebietes Deutschlands von den Gegnern besetzt und sehr stark in der Tätigkeit behindert ist. Man sehe doch nur die Industrieberichte der großen Handelszeitungen und man erkennt mit aller Deutlichkeit, dass treiben wir auf dieser Wahn weiter, wir in kurzer Zeit in den Abgrund gestürzt sind.

Zu dieser Stunde erwächst der christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine weithinreiche Aufgabe. Und dieses,

ob schon sie in Deutschland eine Minderheitsorganisation darstellt. Die Mehrheitsorganisation, die freien Gewerkschaften, sind in ihrer aufbauenden Tätigkeit stark gebremst. Ein Teil ihrer Mitglieder, politisch immer mehr nach links abrutschend, folgt lieber einem Liebknecht auch in wirtschaftlichen Fragen, als den verantwortlichen Gewerkschaftsführern. Notgedrungen, um sich die Gefolgschaft zu erhalten, werden immer mehr Konzessionen gemacht, so daß sie schließlich, wie bei den Bergarbeitern nicht mehr die aufrichtigen Führer, sondern nur noch die brennenden Mitgezogenen sind.

Dieser Entwicklung muß von allen Seiten ein entschiedenes „Kun aber Schlüß mit dieser selbstzerstörenden Zersetzungarbeit“ entgegengesetzen werden. Nicht allein durch Worte, sondern durch die Tat. Dreihunderttausend neue Mitglieder, ohne die aus dem Felde Zurückgekehrten, hat die christliche Gewerkschaftsbewegung in den letzten Wochen gewonnen. Jedes weitere Mitglied bedeutet eine weitere Arbeitskraft am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Wer will da zurückbleiben, wenn es heißt, unsere nationale futurelle und soziale Zukunft sicherzustellen?

Aus unseren Städten.

Gimnale Zulagen in Osnabrück. Dem steten Drängen des Verbandes nachgebend hat nunmehr die Stadtverwaltung beschlossen, den städtischen Arbeitern und Straßenbahner, eine einmalige Zulage zu gewähren. Diese beträgt Mf. 196 für Ledige Mf. 222 für Verheiratete ohne Kind, Mf. 258 für Verheiratete mit einem Kind, Mf. 276 für Verheiratete mit zwei Kindern, Mf. 294 für Verheiratete mit drei Kindern, Mf. 306 für Verheiratete mit vier Kindern, Mf. 324 für Verheiratete mit fünf Kindern. Die nach dem 1. September 1918 in Arbeit Getretenen erhalten den halben, die nach dem 1. Dezember Angefangenen den viersten Teil.

Lohnerschöhung für das Brumberger Straßenbahnpersonal. Die in der Verhandlung am 6. November gewählte Lohnkommission hat ihrem Antrage gemäß sofort die Verhandlungen mit der Betriebsleitung aufgenommen und zu einem für das Jahrpersonal befriedigenden Abschluß gebracht. Zunächst tritt eine Lohnerschöhung ein von 10 Mf. pro Monat, sodann wird die laufende Leuerungszulage, die am 1. Okt. von 50 auf 70 Mf. erhöht worden war, auf 100 Mf. erhöht. Der Anfangslohn der Schaffnerinnen wird auf 55 Pf. die Stunde festgesetzt; nach einem Jahre steigt er auf 65 Pf., nach zwei Jahren auf 75 Pf. die Stunde. Alle Erhöhungen treten am 1. Dezember in Kraft. Außerdem erhalten alle Angestellten mit mindestens einjähriger Dienstzeit eine einmalige Leuerungszulage von 150 Mf., solche mit weniger als einjähriger Dienstzeit 100 Mf.

Besserung der Lohnverhältnisse in Braudenz. Zu einer gemeinschaftlichen Verhandlung der Gemeindearbeiter und Straßenbahner, die am 9. November stattfand, wurde beschlossen, eine Erhöhung der Lohn- bzw. Leuerungszulagen zu beantragen. Diesem Antrage, der von unserem Verbande eingereicht wurde, hat die städtische Verwaltung in anerkennenswerter Weise sofort entgegengestellt. Es wurden die Löhne um 10 Prozent erhöht; Überstunden an Werktagen werden mit 20 Proz., an Sonntagen mit 50 Proz. Aufschlag, an Feiertagen mit 100 Proz. bezahlt. Die Arbeitszeit wurde von zehn Stunden auf acht Stunden herabgesetzt. Erstaunlicherweise hat nun das Gros der städtischen Arbeiter und Straßenbahner den Weg zum Verbande gefunden. Es muß aber alles geschehen, um auch den letzten Kollegen für den Verband zu gewinnen. Dafür zu sorgen, muß sich jedes Mitglied für verpflichtet halten.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Im Wandel der Zeiten. In Berlin wird augenblicklich gendes Flugblatt verbreitet: „Genossen! Hüret euch vor Viedecholung der russischen Feinde! Die russische Arbeiter und die russische proletarische Regierung macht eich jetzt zu spät ist, daß die Lage der Arbeiterschaft nicht durch schändliche Lohnsteigerungen gebessert werden kann, wenn gleichzeitig gelingt, die Erzeugung zu vermehren. Die weitere Steigerung der Löhne wird stets durch das Wachstum der Preise wieder mehr als wettgemacht. Nach amtlichen Rechnungen der Sowjetregierung sind die durchschnittlichen Betriebslöhne jetzt in Russland fünfzehnmal höher als im Frieden über die festgelegten Preise für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs sind zwanzigmal höher als im Frieden. Zu den festgelegten Preisen gibt es aber fast nichts zu tun und die Schleißhandelspreise übertreffen die Grundpreise um das Hundertfache und mehr. Deshalb ist die Lage des russischen Proletariats trotz der gewaltigen Lohnsteigerungen viel elender als früher.“

Auch ein Zeichen der Zeit. Früher lontete die Partie Sozialdemokratie ganz anders.

Weise Selbstbeschränkung. Wie kürzlich in der Tagesschau gemeldet wurde, hat Kommerzienrat August Bentzi in seinem Betrieb einer größeren Maschinenfabrik, seinem ganz zweiten Sozialbetrieb, seines Arbeiterschaftsvertrages gegeben. Nach einer Abschaltung der „Dankbarkeit“ waren nunmehr die Arbeiter beschlossen, dieses Angebot anzunehmen, weil ne die vorliegende Konjunktur es besser hielten, wenn das Unternehmen in starker Hand bliebe. Dieser Gedanke weckt Selbstbeschränkung bereits hohe geschäftliche Einstellung, und er ebt die in dringende Fortwährende weiter um so mehr, als die Übernahme des Betriebes durch Arbeiter zu wichtigen glänzenden Bedeutungen erfolgen soll. Wie der „Standard“ nämlich mitteilt, hatte Oberminister Preuß vorgeschlagen, die Arbeiter sollten eine genossenschaftliche Genossenschaft bilden, die dann nach Belieben ihren Vorstand, und diese Genossenschaft sollte dann den Betrieb übernehmen. Alle Vorsteile sollten weit unter Vorauspraxis anrechnet werden, auch sollte die Genossenschaft noch einige hunderttausend Mark pures Geld als Betriebskapital erhalten. Ganz so vertragtes Vermögen sollte die Genossenschaft mit 3 vom Hundert verzinsen, und die Abzinsen in 100 Betrieb sollten auf das Vordringungsziel angelegt werden. Daß im Vorigen waren nunmehr die Arbeiter unter sich verteilen, um dem Betriebe Oberminister Bentzi nur bereit zu stellen, seine eigenen Erfahrungen umsonst zur Verbesserung zu haben und zu verstreichen, nach neuen Konstruktionen suchen zu wollen, ebenfalls umsonst dem Betrieb zur Verfügung gestellt werden sollten. Zugleich haben die Arbeiter das Angebot abgelehnt, wie es in der Reldung heißt, sie es für besser hielten, wenn das Unternehmen in starker Hand bleibt. Daß vielleicht man in vielen Betrieben leicht Vergnügung wegen herabschenden Konjunktur zu haben, und auf die starke im Betrieb glaubt man erst recht verzichten zu können, Beispiel, wie hier erstaunlich qualifiziert wird: In dem Direktorium eines Betriebes erscheinen Bewilligte, die die beiden Tore verdecken. Die nächste Frage mit dem Geldschrank wird mit Beschlag belegt. Die gehemmen Skalationszulagen werden erpreßt. Die Leitung des Betriebes wird Arbeiterrat übernommen, d. h. dessen Vorsitzender ist der lokale Herr der Lage, und dieser Herr ist ganze 21 Jahre und dies in nicht der einzige derartige Betrieb der Stadt wird. Solchen kann in solchen Fällen nur die bittere Erfahrung machen mögen, daß die Arbeiter des Standard und des Berliner Werks nach vier Monaten einmal einen gleich aufstellen, wer nun besser gefahren ist. Leider wird an diesem Vergleich nie kommen, denn das Berliner Werk kann längst jahrelang gebrochen. Und seine Arbeiter?

Über das Ergebnis der Volksabgabe (Ludendorff-Spende). Kriegsbeschädigte schreibt der Pressedienst des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge:

Der Volkspende sind aus dem Reich über 150 Millionen Mark zugeslossen. Dieses glänzende Ergebnis übersiegt bei weitem die Erträge aller bisherigen Kriegswohlfahrtsfamilienvolks. Gezeigt kommt es nur werden, weil alle Arme des Landes im Gefühl, daß jedt nach seinen Kräften für die Kriegsopfer einzutreten, einzunehmen zusammenstanden. Abgesehen von Industrie und Handel, aus denen der Spende hohe Beträge zugeslossen, verdient insbesondere die deutsche Arbeiterschaft einen Dank. In vielen kleinen Gaben, die teilweise aus erheblichen Opfern möglich waren, hat sie an dem großen Erfolg beigebracht.

Die Volkspende hat der Kriegbeschädigtenfürsorge zwar große Nutzen gebracht, groß aber sind auch die Aufgaben, die für die Kriegbeschädigtenfürsorge gerade jetzt infolge der Demobilisierung erwachsen. Wenn, wie fast zu erwarten, die Kriegbeschädigtenfürsorge ihr Ziel, alle Kriegbeschädigten nach Möglichkeit wieder zu arbeitsfreudigen und aufzuhenden Volksgenossen, zu üblichen, erwerbstüchtigen Bürgern des Deutschen Staatslebens zu machen, erreicht, so verdankt sie das wesentlich der Unterstützung, die ihr durch die Opferfreudigkeit des gesamten deutschen Volkes ohne Unterschied der Stellung und Partei ermöglicht wurde. So dient das von dem deutschen Volke den Kriegbeschädigten dargebrachte Opfer nicht nur den Kriegbeschädigten, sondern dem gesamten deutschen Volk und seiner Zukunft.

Zweit: der Reichsausschank. Darüber, wie die Spende verteilt und angewendet werden soll, wird hier nichts gesagt. Da Kriegbeschädigten jedoch können sich damit nicht einverstanden erklären, dass über Verwaltung und Verwendung der Spende am grünen Tisch befinden wird. Es ist vielmehr maßgebender Einfluss der Kriegbeschädigten bei der Verfügung über die Spende zu fordern.

Die beste und sicherste Sparanlage. In den gegenwärtigen schweren und unsicheren Zeiten ist es verständlich, dass zunächst Sorge in die Zukunft gehen. Dabei ist häufig die Beobachtung zu machen, dass diese Kreise wohl klagen und jammern, aber nicht den richtigen Weg für die Sicherung ihrer Existenz beschreiten. Den besten wirtschaftlichen Rückhalt finden die Arbeiter und Angestellten in bestehenden Gewerkschaften. Diese bieten ihnen die Gewähr für eine sichere Vertretung ihrer Interessen und darüber hinaus einen sicheren Rückhalt in den Wechselfällen des Lebens.

Eine notwendige und wertvolle Ergänzung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung ist eine günstige Lebensversicherung. Die günstigsten Bedingungen für eine solche Lebensversicherung bietet die gemeinnützige Deutsche Volksversicherung A.G. Berlin. Das kapitalistische Gewerbe ist ihr nicht maßgebend, sondern das Wohl der Bevölkerung steht in erster Linie. Außerdem bietet die Deutsche Volksversicherung die **deutschste Sicherheit** in finanzieller Hinsicht. Diese Sicherheit ist gewährleistet durch einen vollverfügbaren Aufsichtsrat ausgedrehte Kontrolle, durch einen unabhängigen Prüfungsberichtsstand, sowie durch jährlich endlaufende Berichte des Präsidenten von Versicherungen. Keine feine Spezialität und keine sonstigen Wertanwerte können an anderer Stelle bieten. Gerade in den schweren und unbeständigen Zeiten kann den Mitgliedern unserer Gewerkschaften nicht dringend genug empfohlen werden, durch den Vorsatz der Sicherung aufställigen Wechselfällen des Lebens nach vorzubereiten. Auf keiner Sparstufe kann das Geld auf und so rentabel angelegt werden wie hier.

In der langen Reihe von bereits ausgezahlten Bezeichnungen mögen wir nachdrücklich einige Fälle zum Beweis für das vorhin Gesagte anführen:

Name	Große Sparste. Beiträge	Sterbe- fall	Todesursache
Alborn, Heinrich	10.000,-	1170,-	Unfall.
Pelt, Heinrich	4,-	1450,-	
Höinghaus, Wilhelm	48,-	855,-	Herzschlag.
Merkel, Gustav	84,-	1070,-	Unfall.
Naß, August	60.30,-	1000,-	Schlaganfall.
Auer, Gustav	152,-	1400,-	Pulmonentuberkulose
Büstner, Peter	137.80,-	1030,-	Pulmonentzündung
Wünzer, Franz	1.4,-	1020,-	Mierenkrankheit.
Huber, Josef	51.80,-	1000,-	Unfall.
Bauersta, Victoria	102,-	1358,-	Pulmonentuberkulose
Kircher, Bertha	45.50,-	1030,-	
Wolfs, Herbert	83,-	1000,-	Panzelfellentzündung

Wie viele von diesen zeigen, welchelegenreiche Entwicklung der gemeinnützigen Vollversicherung verkörpert liegt. Wenn der Todesfall während der Versicherungsfrist nicht eintrete, erhält man das Geld genau so gut angelegt wie in einer Sparbank und wird im Ereignisfall ebensoviel dem Versicherer zugeschenkt.

Arbeiterbewegung.

Stellung der christlichen Gewerkschaften. Zu dem evangelischen Nachenblatt „Rheinisch-Westf. Kollekte“ Nr. 47, ist folgendes zu lesen:

„Der neuen Zeit ist unsere Arbeitsarbeit notwendiger denn je. Neue Aufgaben liegen uns bevor. Darauf wird in aller höchste Rücksicht mitgeteilt werden. Das sehr schon unabding-

notwendige ist die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen. Dazu hat jeder einzelne die Pflicht, sich seinem Betriebsverein anzuschließen. Nach Freibriefen bekleben können für uns nur die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen. Hier gibt es kein Zögern. Sofortiges Handeln ist erforderlich! Der Rheinisch-Westfälische Verband evangelischer Arbeitervereine

Aus den Ortsgruppen.

Coblenz. Nachdem durch die Umwälzungen in der letzten Zeit das Koalitionsrecht auch in den Straßenbahnbetrieben gesichert worden ist, haben auch die Angestellten der Coblenzer Straßenbahn den Weg zur Organisation gefunden. Von Seiten der Direktion und einiger Herren Kontrolleure gäbe es man gut zu tun, die Leute dem Berliner Verbande zuzuführen. Dieser Gedanke sollte der Anschluss an die freien Gewerkschaften, welche von einigen Leuten aus der Wagenhalle propagiert wurde, fand jedoch keine Mehrheit. Am 2. Dezember fand in Ehrenbreitstein eine stattliche Versammlung statt, in welcher Kollege Becker, Vorsitzender Versammlungen zwed und Zielle unseres Verbandes vor Anwesenheit. Zwei starke Anstrengungen eines Vertreters der freien Gewerkschaften traten sämliche Anwesenden fast zeitig unserem Verbande bei. Am nächsten Tage fand nun eine Versammlung für das Depot Koblenz statt. Hier war die Situation insgesamt ungünstiger, weil man dieses Depot als eine Domäne der Berliner Hochabteilungen bezeichnete, wie dieses auch durch die Unreife eines Berliner Arbeitervorstands und eines Kontrolleurs, welcher ebenfalls für den Anschluss an den Berliner Verband eintrat, bewiesen wurde. Nach den Ausführungen von Kollege Becker wachte jedoch ein anderer Wind. Wenn auch in der Versammlung selbst keinen der Kollegen — durch die Unreife des Kontrolleurs — den Mut fand, unserem Verband beizutreten, so brachte uns der nächste Tag doch sofort eine große Anzahl Aufnahmen, so dass wir einschließlich der eingetreteten Anhängergetreuen schon über die Hälfe des Personals organisiert haben. Offensichtlich werden die anderen nicht lange auf sich warten lassen, wollen sie nicht als Hindernis der zu lösenden Fragen, wie Arbeitszeitverkürzung, bessere Entlohnung, Vermehrung und Vergabeung des freien Tages, umfangreiche Behandlung, Einbringung der Straßen- und Mindestlohn der Geldstrafen, Wahl eines Arbeiterschaftsrates, Gewährung von Urlaub usw. wollen. Die Verwaltung wird nun nicht umsonst kommen, mit der Organisation, als der beruhsigen Vertretung der Arbeiterinteressen zu verhandeln, wie sie früher auch schon mit einer dergleichen anstrebt hat. Von den Kollegen verlangen wir nun aber auch, dass sie als Gewerkschaftler wie als Angestellte, ganz besonders in dieser ersten Zeit, voll und ganz ihre Pflicht erfüllen. Nur dann wird das Beispiel unserer Freunde von Coblenz und unsere Arbeit von Erfolg getragen sein.

Unzähligen haben unsre Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Vertreter des Betriebes, die allerdings sowohl für die Wünsche der Kollegen hinreichlich ihrer Wohn- und Dienstverhältnisse berufen, noch nicht zum Abschluss gefommen sind. Wir werden demnächst näher darüber berichten. Die Red.

W.M. Zu zwei zukünftigen Straßenbahnerverhandlungen sprach unser Vizekassierer Kollege Fabernder. Als überaus tragisch bezeichnete er den Zusammenbruch Deutschlands, das in wenigen Jahrzehnten sich zu ungeahnter Höhe entwidmet hatte und nun wieder, wie so manches Volk in der Weltgeschichte, wieder zurückgeworfen sei. Wir müssten uns wohl oder übel mit dieser Tatsache abfinden und an der Neuausrichtung des politischen und wirtschaftlichen Lebens vorfrüfig mitarbeiten. Die Umwälzung, die uns die Gleichberechtigung mit den anderen Gesellschaften gebracht habe, ermögliche uns dieses. Voraussetzung ist erfolgreicher Arbeit in dieser Hinsicht sei, dass sich das werktätige Volk in seinen Organisationen eng zusammenziehe, um mit Nachdruck für seine berechtigten Wünsche einzutreten. Leider sei das bei den bislangen Straßenbahnhern nicht der Fall. Eine Ansicht angemessener Kollegen habe uns noch fern und erblide in Unterbeamtenverein eine Interessenvertretung. Derzelbe könnte aber nicht so für die Kollegen eintreten wie eine geschlossene Betriebsorganisation. Er hat die zahlreich anwesenden Kollegen vom Unterbeamtenverein, sich unserer Straßenbahnerverbände anzuschließen, damit es uns möglich werde, in Zukunft unsere Wünsche mit größerem Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Herr Rechtsrat Jahn, der unsre Versammlung mit seinem Besuch bedachte, riefete bezügliche Wunschkarte an die aus dem Felde heimgekehrt Kollegen. In der Aussprache wurde gewünscht, umgehend eine Eingabe an den Gemeinderat zu richten und die Einführung des Abitutendentages und für männliche Epiphanie den geplanten Lehrersonnals mit Abrechnung an jedem 15. des laufenden Monats. Nachdem sämliche Kollegen ihren Besuch zu unserem Verbande erklärt hatten, schloss der Vorsitzende Kollege Stofer die anregend verlaufene Versammlung.

Baben-Baben. Neben aus zahlreich waren die städtischen Arbeiter zu der am 8. Dezember stattgefundenen Versammlung erschienen, in der unser Vorsitzender, Kollege Fassbender, Vortrag hielt. Die Hauptaufgabe unseres Zusammenbruchs, so führte er aus, seien die Partei, welche jetzt vor ihrer Auflösung von sich schreibt. Der Stern, dem wir folgten, ist niedergegangen. So tragisch die Niederlage für das aufwärtsstrebende deutsche Volk sei, so freudlich seien die Errungenheiten. Politisch wie gewerkschaftlich seien wir freier geworden und heute seien wir ein gleichberechtigter Stand in der Gesellschaft. Der Vertrag, der zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern in Berlin aufgestellt worden sei, müsse als ein großer gewerkschaftlicher Sieg gewertet werden. Es gelte nun mehr, die Errungenheiten durch feste geschlossene Organisationen zu sichern und forderte die übergeordneten auf, sich unverzüglich dem Verbande anzuschließen. Eine schöne Anzahl Kollegen erklärte den Beitritt, so daß nun fast alle städtischen Arbeiter bei uns organisiert sind.

Es wurde alsdann eine Resolution einstimmig angenommen, in der dem derzeitigen Arbeiterausschuß des Betriebsamtes das Recht abgesprochen wird, weiter die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und baldige Neuwahl beantragt. Ferner wurde die baldige Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gefordert. Im Auftrage der Versammlung unterbreitete Kollege Fassbender die Resolution den Amtmännern. Dieselben erklärten sich bereit, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen.

Verteidigen die städtischen Arbeiter dem Verbande die Treue und sorgen sie dafür, daß auch der Allgemeine dem Verbande zugeschaut wird, dann können wir in Zukunft mit Erfolg unsere Interessen wahren.

Stonkau. Eine gutbesuchte Versammlung städtischer Arbeiter fand hier am 15. Dezember statt, in der unser Vorsitzender Fassbender über das Gebot der Stunde sprach. Er führte aus, daß wir uns mit dem Zusammenbruch Deutschlands abfinden müssen und die Pflicht hätten, tatsächlich am Aufbau des neuen Volkhafes mitzuwirken. In Zukunft dürften die Arbeiter nicht mehr so interessentlos und abhängig in den Tag hineinleben wie in der Vorriegszeit. Es sei unerlässlich dringend nötig, eine geschlossene Front zu bilden, um erfolgreiche Arbeit leisten zu können. Vor allem sei es erforderlich, daß die in wenige kommenden Monaten neu gegründeten Verbande in Zukunft hand in Hand arbeiten und jede Parteiung, wie sie leider früher vielfach thut, unterdrücken müsse. Nicht gegen sondern mit und für einander muße in Zukunft unsere Sorge sein.

Der lebhafte Beifall wie auch die zustimmende Freude, mit der sich auch der Vorsitzende der freien Verbände beteiligte, bestätigte, daß Kollege Fassbender allem aus dem Herzen gesprochen hatte. Man gehörte bereits die Gefühle des einzelnen zu nutzen und vorur zu sorgen, daß nun auch hier die noch feststehenden Kollegen restlos dem Verbande zugeschaut werden. Nachdem einige Kollegen ihren Beitrag zum Verbande gestalt hatten, fügte der vorstehende Kollege Schmidt die sehr erfreulich verlaufene Versammlung mit dem Appell an zufriedener Mitarbeit.

München. Eine stattliche Zahl von Arbeitern und Dienstleuten der chemischen Hoffmann fand sich in der am 11. Dezember abgehaltenen Versammlung im Gasthaus „Zum Dölln“ ein. Das von unserem Vorsitzender Verner erhaltene Referat fiel auf guten Boden. In der Debatte machten sich eine Menge unserer neuen Mitglieder laut über die ihnen zuteil gewordene Behandlung, welche der bei Hofe ansiedelnden Freiheit. Kein Recht, sondern nur Abhören alleinigen Verantwortlichen blieblich der Erziehung und Gehobenen Hofmarschälle. Noch im Jahre 1917 gab Hofmarschall Dr. Lutz eine neue Dienst- und Verordnung heraus, die nur Pflichten, aber keine Rechte für die Angestellten enthielt. Das Protektionswesen arbeitete mit seinen schlimmen Vergleichsentschließungen zu „Schluß“ die Personen aus. Die Frei- rausgesetzten waren unzureichend und wurden während des Kriegs nicht wahrt, statt daß sich der Hof in dieser Einsicht die staatlichen Grundzüge zu eignen gewußt hätte. Auch einmal ein den Dienstlichen Verbotenmaßnahmen wurden die niedrigsten angehörenden, ebenso wie die anderen Dienstgrade, aufgeworfen. Die Kitchendienstpersonal der Hoffmann waren überhaupt nicht, wer kein rechtmäßiger Lebewesen ist, ob der Hof oder die Stiftungen es sind. Besonders wurde gefragt, daß dem Personal bei einer freien Vereinigung nur zugesagt wurde und jeder, der es gewagt hätte, eine Organisation zur Vorbereitung der Gewerkschaften zu gründen, wäre nicht nur die Strafe gefallen. In die sehr interessante Debatte beteiligten sich Dr. Wall, Dr. Lüder, Dr. Schröder, sowie die Bevölkerung. Oberstaatsanwalt Hans von Schöppenbach Wimmer. Regierte erklärten unter Beifall der Versammlung, die verschiedenartigen Interessen der Arbeiterschaft von den Eigentümern des Hauses Dr. Lutz zu unterscheiden. Bei der nächsten Versammlung wird der Vorschlag erörtert, die Versammlung und die Kollegen zu einer Versammlung einzuladen.

glieder bleiben, der Verband wird ihre Interessen wahren und weiterhin vertreten im neuen Volksrat.

Norden. „Was lange wählt, wird endlich gut.“ Das kann man auch auf die Organisationsverhältnisse der bislangen Straßenbahnen folgen. Frühere Versuche des Betriebs, sich einer selbständigen Arbeitersorganisation anzuschließen, wurden stets von der Verwaltung vereitelt. Im Jahre 1912 wurde der Versuch des Betriebs, eigene Verbände im Betriebe Eingang zu verschaffen, mit der Gründung eines Werkvereins seitens der Direktion beantwortet. Dieser sollte die Interessenvertretung des Personals darstellen und übernehmen. Als besonders Organ dafür sollte der Arbeiterausschuß dienen, der aus den Reihen des Werkvereins gewählt wurde. Dem Werkverein gehörte das sämtliche Personal an; die Beiträge an denselben wurden nämlich der Eintracht halber gleichmäßig verteilt. Zwischen der Leitung des Werkvereins und der Direktion herrschte unter diesen Umständen, wie man sich leicht denken kann, das schändliche Einvernehmen, zumal die Interessen der Direktion immer in erster Linie standen. Je länger je mehr brach sich beim Personal die Überzeugung Bahn, daß seine wirtschaftlichen und sozialen Interessen im Werkverein zu kurz kamen. So fand sich denn wieder eine Anzahl beherzter Männer (und Frauen), die erneut Anschluß an unseren Verband suchten. Zwischenzeitlich waren auch die Vereinbarungen zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften abgeschlossen und bestanden geworden und ebenso die Proklamation der neuen Regierung, wonin alle Arbeiter die volle Koalitionsfreiheit eingeräumt und zusichert wird.

Diesen veränderten Verhältnissen hat nur auch die Direktion der Nürnberger Straßenbahn Rechnung getragen. Sie lädt ihren Personal bestuhlt bei Organisationsbestrebungen völlig frei. Daraufgedessen hat nunmehr eine annehmbare Zahl derselben sich wieder unserem Verbande angeschlossen. Die Kollegen und Kommilitonen können darum unbeschwert für die Stärkung des Verbandes tätig sein. Über die aufgestellten Forderungen 1. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, 2. Steigerung des jährlichen Tages unter Fortzahlung des Lohnes, 3. Hinzugabeung der gewerkschaftsvertreten zu den Ausbildungskosten, soll demnächst verhandelt werden. Ein günstiges Ergebnis ist um so früher erwartet, je besser seitens der Kollegenarbeit für die Stärkung des Verbandes gesorgt wird.

Verbandsnachrichten.

Neue Beitragsmarken werden für das Jahr 1919 nicht ausgegeben. Die Beitragsmarken mit dem Aufdruck 1918 oder ohne Jahreszahl, bleiben gültig und dienen als Geltung. Auf diesem Grunde sind in diesem Jahre die alten Bestände nicht einzuziehen.

Vom dritten Quartal haben weitere angerechnet die Ortsgruppen: Bremen, Norden, Paderborn und Köln (Sar.)

Der Zentralvorstand

Es starben dem Helden Tod in treuer Pflichterfüllung die Kollegen

**Hubert Kremer, Nikolaus Römer
Gottfried Langen**

Mitglieder der Ortsgruppe Köln Str.

Martin Meumerzheim Köln Fuhrpark.

Wir werden Ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Gedenktafel.

Erstarken ist der Sterbige

Friedrich Thiel, Bochum.

Ehre seinem Andenken.